

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweiger.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. subb., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bolder, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.  
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strasbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Politischer Theil.

Berlin, 30. April.

Zur deutschen Frage enthält die neueste Nummer des Mannheimer „Deutschen Wochenblattes“ wieder mehrere Artikel, die uns fast durchgängig befriedigen und in der Ueberzeugung bestärken, daß auch in der bürgerlichen Demokratie noch wahrhaft deutsch-national gesinnte Elemente vorhanden sind und die demokratische deutsche Nationalpartei in erfreulicher Weise sich entwickelt, daß die Armee der Zukunft im Vorwärtsmarsche begriffen ist, die Arme, der die Herzen der Jugend entgegenzuschlagen und die Arme des Volks gehören.

Denn wenn anders sollten sie angehören, als derjenigen Partei, die allein sich in vollkommener Uebereinstimmung befindet ebenso sehr mit dem unwiderstehlichen Drange der Nation nach politischer Einheit und gebührender Stellung im Rathe der großen Völker, wie mit der Richtung des Zeitgeistes, und die eben deshalb, wie keine andere Partei, jene stammende Begeisterung zu erzeugen vermag, deren ein Volk bedarf, um großer Thaten und Opfer für einen idealen Zweck fähig zu sein!

Freilich, noch sieht es verworren und trübe aus und das Auge des Patrioten, des Freiheitsfreundes, vermag nur wenig gewahr zu werden, worauf es mit Wohlgefallen verweilen könnte; im Gegentheile miß es sich mit Ekel und Abscheu abwenden, hier — von hinterlistigen Versuchen, das heiligste Streben der Nation zur Förderung frevelhafter Sonderzwecke und zur Unterdrückung der Freiheit zu mißbrauchen, dort — von wahnwitzigen Hoffnungen und thatkräftlosem Vertrauensdusel politischer Narren oder selbstsüchtiger Schwachheit feiger Ramonnhelden.

Dies das erschreckende Bild, das uns entgegenflart läßt und drückt, im Lager der Machthaber und im Kreise der tyrannendernichtenden, friedensbeschließenden Zungenhelden.

Darum gibt es für uns nur die Eine Hoffnung: daß man zuletzt doch noch anhörsen werde, zu hoffen, was sich nimmer erfüllen kann.

Aber noch steht der Hoffnungs-Weizen in voller Blüthe. Noch lebt vor Allem das zahlreiche Geschlecht der Gothaer, die das „D. W.“ köstlich schildert:

Die Gothaer sind schon wegen ihrer Drobgebuld bekannt; sie setzen Ohrsigen kluglos ein, in der Hoffnung, einst Minister zu werden; sie lassen sich mit Pfaffen treten und vertrauen doch; je mehr Pfaffe sie empfangen, um so mehr durchdringt sie der Respekt vor der Macht und der materiellen Gewalt. —

Die Gothaer hängen sich an jeden Strohhalm und sind fort und fort bereit, sich an eigenen Jocke aus dem Sumpfe zu ziehen. Nun kümmern sie sich wieder an die Reise Roggenbach's nach Berlin. Dieser sei vom Könige berufen, um über die Stimmung in Süddeutschland und unser Verhalten zu dem preussischen Parlaments-Antrage zu berichten! Wenn es nur nicht im Tone der

lechten Roggenbach'schen Kammer-Rede geschieht, hinter der fort und fort die ganze „materielle Macht“ unter helprichten Desanier-Klängen aufzog! Hier endet wieder ein schönes Talent im Gothaismus, weil es kein Vertrauen zu der idealen Macht in dem Volke hat! Die Gefinnungsgenossen träumen wohl auch von einer neuen Aera, von einer Cavour-Epoche, von einem Ministerium Bismarck-Roggenbach... So ist möglich, was aber unmöglich ist, das wäre eine dadurch veränderte Stimmung in Süddeutschland. Wir würden nur Roggenbach verfeinern, er aber nicht mit dem zehnten, nicht mit dem zwanzigsten Theile seiner Verehrer im preussischen Lager anlangen. Von Truppen entblüht, wie Wallenstein in Eger.

Folgen dann die aus Haß gegen das Schwarzweißthum schwarz-gelb gewordenen Beizeidiger Oesterreichs und des Bundesrechts, à la „Volkstg.“, „Alein. Ztg.“, „N. Frankf. Ztg.“, die — kaum ist es glaublich — Oesterreich, sage Oesterreich (!) den Rath erteilen, Preußen durch ein liberales Regiment aus dem Sattel zu heben.

„Unsere Freunde“, meint das „D. W.“, „haben wohl Recht, wenn sie Oesterreich anzutreiben suchen“, (aber wozu denn umsonst Worte machen und das Volk mit thörichten Hoffnungen erfüllen?) „vielleicht (?) befiehlt auch Oesterreich den guten Rath, nur eine Stunde zu spät; aber was gewinnen wir denn, wenn wir dem Volke, dem ertrinkenden, statt der preussischen Spitze ein österreichisches Käppi hinhalten? Warum gehen wir nicht lieber Alle auf das letzte Ziel los und ersparen uns Leidens-Stationen?“ Das genannte Blatt fährt dann fort:

Die „Neue Frankf. Ztg.“ deutet sich den Verlauf eines bundesgesetzlichen, als einen Streik, der noch durch eine Mehrheits-Abstimmung erledigt werden kann. Es correspondirt dieser Gang mit dem früheren in Nord-Amerika und in der Schweiz und würde mit einer kriegerischen Belämpfung der Minderheit, des „Sonderbundes“, Preußens, enden. Wenn nur am Bundestage wir säßen und nicht krähen, die sich im entscheidenden Augenblicke doch nicht die Augen aushacken und über uns hin, die wir gutmüthig uns rufen, Wink und Blicke zuwerfen!

Sehr richtig!

Treffend ist auch, was das „D. W.“ über die Triarier, die demokratischen (?) Freunde der Triäselei sagt:

So fortwandelnd, kommen wir zu andern Gefinnungsgenossen, welche den Mittel- und Kleinstaaten Freiheit und Nationalität predigen. Diese Ständchen fählen, daß sie doch getroffen werden sollen und nur die Wahl haben, ob — von Unten oder von Oben. Man kann es ihnen nicht verargen, wenn sie die nobleren Verbanungsorgane vorziehen, um so mehr, da sie sich auf diesem Wege vielleicht Einkünfte und den Titel „kaiserlicher Prinz“ retten können. Man kann diesen Petren lange predigen, sie sollen sich auf uns stützen, sie trauen der Stütze nicht und finden es auch wohl nicht gentil, sich mit einer plumpen Krücke in den Salzen zu schleppen. Oder sollen wir sie gar zwingen, sich auf uns zu stützen? Etwas Anderes ist es, wenn die Herrschaffen sich selbst einigen wollen; wir werden es nicht hindern. Nur möchten wir keine leere oder doch höchst ungewisse Hoffnung zu unserem Programm machen.

Der citirte Artikel kommt dann zu folgendem

Schluß, der bekanntlich mit unserem Programm vollständig harmoniet und wie folgt lautet:

„Unser Programm ist heute der Kultus der Hoffnungslosigkeit.“

Wir kommen nicht eher vorwärts, als bis wir es uns zur größten Enttäuschung klar gemacht haben, daß wir gar keinem angeblichen Hülfe vertrauen dürfen, daß die Hoffnung auf Preußen, Oesterreich, die Mehrheit der Mittel- und Kleinstaaten gleich thöricht sind.

Wir haben Niemand als uns, das Volk.

Freilich, wo ist dieses Volk? Obwohl die Brüder im Norden leiden, obwohl ein Bürgerkrieg droht, wir essen und trinken wie sonst, heirathen und tanzen wie sonst, verschern unser Leben und abomiren uns im Theater wie sonst.

Aber dieses schlummernde Volk wird auch nicht früher rege, als bis man ihm sagt, daß es die Hände nicht länger in den Schoß legen dürfe, daß es keinen Freund habe, als sich selbst. Auf irgend einen Norden verweisen, auf irgend einen noch möglichen Ausweg verdrösten, ist eine — wenn auch gut gemeinte, doch gefährliche Täuschung.

Nur aus der Hoffnungslosigkeit steigt die berechtigste Hoffnung, nur aus der Verzweiflung eines Volkes die That empor.

In einem anderen, jedoch nicht von der Redaction ausgehenden Artikel macht der Verfasser Gründe geltend für die Wahrscheinlichkeit der Annahme des preussischen Parlamentsvorschlages und meint:

Was Graf Bismarck durch sein Parlament erreichen will; zunächst die preussische Oberherrschaft über die militärischen und maritimen Streitkräfte Norddeutschlands und dadurch gleich oder allmählig des ganzen Deutschlands, die preussische Hegemonie, ist bekannt. Auch den Plan der anti-preussischen Koalition kennt man schon: Vereinbarung der 34 Regierungen mit Preußen über das Wahlgesetz nebst Reformprogramm, dann Berathung der Parlamentsfrage erst im engeren Rathe, dann im Plenum des Bundestages zur Erzielung eines einstimmigen Beschlusses. Das heißt, von einem auf Leben und Tod Angelegten (hier der allseitig als unbrauchbar anerkannte Bundestag) verlangen, daß er sich selbst gnüßet. Die Sache würde damit ad calendas graecas (bis zum griechischen Kalender) verlag. Ginge dies durch, so würde Preußen wahrscheinlich aus dem Bunde austreten und jeden Beitrag zu den Bundeskosten verweigern. Dann aber sind die Kleinstaaten aufgegebenen Personen; denn Preußen würde auf sie keine Rücksicht mehr nehmen können. Das werden sie fühlen, und deshalb glauben wir an das Zustandekommen eines Parlaments.

Daß dieses Parlament ein solches werde, aus dem Deutschlands Einheit und Freiheit hervorgebe, dafür, meint der Verfasser, habe die Volkspartei zu sorgen, so wie sie auch einen fünfjährigen Krieg der beiden Großstaaten zu verhindern habe, der, nach der Ansicht des Verfassers, keineswegs eine Naturnothwendigkeit sei, dagegen für Deutschland so verderblich werden dürfte, wie der Kampf zwischen Athen und Sparta für das alte Griechenland.

Wir müssen uns hier schon erlauben, ein paar kleine Bemerkungen über des Verfassers so äußerst glatte und elegante Deductionen zu machen, die sich auf dem Papier ganz vortrefflich annehmen, während sie in der Wirklichkeit verschiedene sehr ge-

wichtige „Wenn“ und „Aber“ zur Voraussetzung haben und sich nicht so glatt und elegant zu gestalten pflegen.

Allerdings wird die demokratische Nationalpartei, unter Umständen, suchen müssen, aus einer constituirten Versammlung heraus im geeigneten Momente den zündenden Funken in die Nation zu werfen, sie zur Verteidigung ihrer unveräußerlichen natürlichen Rechte zu veranlassen und so Deutschland die Einheit und die Freiheit zu geben.

Doch jetzt dieses Alles eine zu solcher Action geeignete und durchaus günstige politische Constellation überhaupt voraus, welche herbeizuführen nicht so ganz in der Macht einer solchen Partei steht, wie der Verfasser anzunehmen scheint. Revolutionen lassen sich eben nicht künstlich erzeugen, sondern kommen von selbst, wenn die Verhältnisse dazu reif geworden. So wenig man sie dann zu verhindern vermag, eben so wenig kann jemand sie früher herbeiführen, als es an der Zeit ist.

Nicht minder wird, unter Umständen, die demokratische Nationalpartei auch zu verbinden haben, daß sich die beiden antagonistischen Großstaaten in einem brudermörderischen Kampfe gegenseitig aufreiben. Aber wohl gemerkt: unter Umständen!

Wenn sie nämlich vor Allem in der Lage ist, dies thun zu können, was gleichfalls wieder eine Constellation der günstigsten Art voraussetzt, eine Constellation, welche sie eben so wenig unter allen Umständen herbeizuführen im Stande ist. Die Verhinderung eines Habsburg-Hohenzollern'schen Krieges setzt nichts Geringeres als die — durch eine auswärtige Macht oder durch eine Revolution im Innern bereits herbeigeführte — Zertrümmerung eines der beiden oder beider Staaten voraus. So steht die Sache. Freilich minder glatt als die Deductionen des Verfassers, auf dem Papiere!

Schließlich heben wir noch eine Stelle aus einer Leipziger Correspondenz hervor, welche sich über die sächsischen (überhaupt gothaischen) Reichsverfassungs-Schwärmer sehr beachtenswerth äußert. Der Correspondent schreibt:

Vor diesem Reichsverfassungs-Toschenspielerstückchen gilt es jetzt das Volk zu warnen. Die Gothaer versuchen es liberal. Sie predigen Reichsverfassung und meinen preussische Spitze; sie scheinen vergessen zu haben, daß die erste Kugel, die 1849

auf die Verteidiger der Reichsverfassung abgeseuert wurde, die preussische Spitze von der Reichsverfassung heruntergeschossen hat!

„Ihr seid Freunde der Spitz-Maus, wir nicht im Geringsten.“

Das aber darf niemals außer Acht gelassen werden, daß die deutsche Einheit erst durch eine Veränderung der realen Machtstellung der in Betracht kommenden beiden Staaten realiter ermöglicht, diese Veränderung aber nicht durch bramarbasirende Redensarten, sondern in der That nur durch „Blut und Eisen“ herbeigeführt werden kann.

## Nundschau.

Berlin, 1. Mai.

Es wird immer kriegerischer! Sogar die gute „Kölnische“, die sich bisher an Oesterreichs angebliche und allerdings auch begründete „Friedensliebe“ anklammerte, fängt daran zu verzweifeln an und meint zu den Oesterreichischen Rüstungen: Es sei nicht bloß Graf Bismarck und die Kriegspartei, denen diese echt wienerisch-gemüthliche Politik nicht einleuchten wolle, sondern selbst sie, die gewiß zur Friedenspartei gehöre, finde dieses Verfahren Oesterreichs doch über alle Maßen dumm. Zur Erhaltung des Friedens macht jedoch die sonst so schwarzweiße Kölnerin neuerdings wieder den nichts weniger als gutpreussischen Vorschlag der „Compensation“, d. h. einer Abtretung Schlesiens an Oesterreich, womit auch wir nicht Unfache hätten, zufrieden zu sein, da dadurch Oesterreich nur neuerdings gestärkt und seine der deutschen Einheit tödtliche Existenz verlängert würde. — Bezüglich der diplomatischen Verhandlungen zwischen dem habsburgischen und hohenzollern'schen Kabinete scheint in den letzten Tagen, am 25. oder 26. April, hier eine habsburgische Depesche übergeben worden zu sein, welche die Abrüstungsfrage erörtert und dabei auf

die Italien gegenüber notwendig gewordenen Rüstungen Bezug nimmt. Dagegen scheint eben so gewiß zu sein, daß Hohenzollern diese Motivirung der Fortdauer der habsburgischen Rüstungen nicht gelten lassen wird. Der Kriegslärm aus und gegen Italien dauert dabei ungeschwächt fort. Habsburg stellt bereits den Privatverkehr auf den südlichen und italienischen Bahnen ein und Oesterreichs — wie italienischerseits werden die Rüstungen offen und energisch betrieben. Ferner spricht man noch von einer zweiten habsburgischen Note, welche die Eröffnung von Verhandlungen über die schleswig-holsteinische Frage vorschlägt. Diese zuerst von der „Presse“ gebrachte Nachricht wird jetzt von der glaubwürdigeren „Ost. Post“ wiederholt und auch der „Köln. Ztg.“ aus Berlin mit der Einschränkung gemeldet, daß die Zugeständnisse Habsburgs in einer der Depesche bezüglichen Denkschrift entwickelt seien. Darin stimmen beide Angaben überein, daß Habsburg an der angustenburgischen Erbfolge festhalte und sich mehr oder weniger den hohenzollern'schen Februarforderungen anbequeme. Es ist sehr zu bezweifeln, daß diese Vorschläge von hohenzollern'scher Seite jetzt noch annehmbar befunden werden. Es ist, so scheint es, „zu spät“ für diesen Vorschlag, und das preussische Kabinete hat leichtes Spiel, um diesen Schwanz des Grafen Mensdorff zu pariren, wenn es sich auf die Antwort beschränkt, daß die schleswig-holsteinische Frage jetzt nur noch in und mit der Bundesreform ihre Erledigung finden könne. Wo ist Habsburgs geschickte Diplomatie von ehedem? — Auch von Hohenzollern'scher Seite sind in den letzten Tagen zwei Depeschen ausgegangen: eine Circular-Depesche an die deutschen Regierungen über die „Bundesreform“ und eine bloß an die Adresse des sächsischen Kabinetts gerichtete, welche Aufschluß über die Rüstungen in Sachsen verlangt. Dieselbe soll das sächsische Kabinete geradezu auffordern, auf's allerheiligste zu entwaffnen. Hinsichtlich der in der Depesche in Aussicht gestellten eventuellen hohenzollern'schen Maßregeln vermuthet man, daß im Fall einer ablehnenden Antwort des in hoher Politik machenden Herrn v. Benst das hohenzollern'sche Kabinete fest entschlossen sein soll, ein preussisches Truppcorps gegen die sächsische Gränze vorrücken zu lassen. Doch ist hierüber erst Näheres abzuwarten. Ein Berliner Correspondent der „Köln. Ztg.“ berichtet derselben, daß Hohenzollern dem Neuner-Ausschuß am Bundestag einen Termin setzen will, bis zu welchem der Beschluß über die Berufung des Parlaments gefaßt sein muß, widrigenfalls der preussische Bundestagsgesandte abberufen werden soll. Mit der Abberufung des Gesandten soll jedoch Preußen nicht etwa aus dem Bunde, sondern nur aus dem Bundestag austreten wollen — eine Unterscheidung, die mikroskopisch untersucht zu werden verdient. — Daß Herr v. Benst der widerhaarigste aller mittelstaatlichen Staatsmänner werden würde, ließ sich indwahr voraussehen, daß er aber gar für Herrn v. Bismarck die diesem unter Umständen willkommene Veranlassung bieten wird, den Strauß beginnen zu können, gehört jetzt schon nicht mehr zu den Unmöglichkeiten und das sächsische Volk, mitinbegriffen dessen Regierung, werden es dem „großen Staatsmann“ schwerlich Dank wissen.

In Frankreich fängt man gleichfalls an, an den Krieg zu glauben. Ein Artikel der neuesten „Constitutionnel“-Nummer, der Pimayrac gezeichnet ist, sucht zu beweisen, daß, im Falle der Krieg ausbricht, Frankreich dafür nicht verantwortlich sei. Zum Schluß heißt es: „Der Conflict hat bedauerliche Verhältnisse angenommen. Indessen ist der Krieg noch nicht erklärt; die Symptome, welche von Bedenklichkeiten und Zögerungen auf jeder Seite gegenüber der furchtbaren Verantwortlichkeit des ersten Angriffs zeugen, sind nicht verschwunden. Man klagt sich gegenseitig an, man rühet; oder, um richtiger zu sprechen, Jeder erklärt sich bedroht, aber noch hat Niemand den Entschluß gefaßt, die Feindseligkeiten zu beginnen. Diese Situation läßt noch immer für Rathschläge und gütliche Ausgleichung eine Thür offen. Wenn jedoch der Krieg ausbricht, wird Frankreich in keiner Weise dafür die Verantwortlichkeit tragen. Frankreich ist in eine Kriegsidee weder engagirt, noch kann es durch dieselbe compromittirt werden.“ Es bleibt

vollständig neutral, hat seine ganze Actionsfreiheit bewahrt und könnte durch keinen Zwischenfall gegen seinen Willen mit fortgerissen werden.“

Ein Artikel der „Presse“ vom 29. April sagt: Fürst Metternich hatte gestern eine Unterredung mit Drouin de Lhuys, in welcher er erklärte, Oesterreich sei bereit, in Venetien eine vollständige Entwaffnung eintreten zu lassen, falls Frankreich die Versicherung abgibt, daß Italien Oesterreich nicht angreifen würde. Die Antwort Drouin's ist noch nicht bekannt. Es ist als gewiß anzunehmen, daß Oesterreich Alles anbietet, um den Ausbruch eines Krieges zu vermeiden.

Gerüchte sprechen von einer Vermittlerrolle Louis Bonaparte's im habsburg-hohenzollern'schen Conflict. Der Kaiser soll einen Brief an den habsburgischen Kaiser geschrieben und darin verbürgt haben, daß von italienischer Seite kein Friedensbruch zu erwarten sei, und Oesterreich daher im Interesse von ganz Europa handeln werde, wenn es zu einer Entwaffnung schreite, um Preußen den letzten Vorwand zu einem Zwiste zu entziehen. Die Nachricht bedarf jedoch der Bestätigung. — Graf Walewski ist zum Herzog ernannt worden und die „Presse“ in die Hände von Mirès übergegangen.

In den Donaufürstenthümern hat sich die Bucharest Bürgerchaft bereit erklärt, durch alle wehrfähigen Einwohner den Sicherheitödienste zu leisten zu lassen, damit das reguläre Militär der Regierung stets zur Hand sein könne, wo es gelte, die inneren und äußeren Feinde der Union niederzuschlagen. Der Minister Demeter Ghika versicherte dem Gemeinderathe, der sich für die in Jassy bewiesene Energie der Regierung bedankte, daß die Regierung keinen Zoll breit von dem schon im Divan ad hoc ausgesprochenen Programm abweichen werde, nämlich: Union der Fürstenthümer, ein fremder Fürst mit erblicher Krone, Garantie der Selbstständigkeit und eine constitutionelle Regierung auf breiterer demokratischer Grundlage.

Aus Italien wird, d. d. Florenz, 30. April, von der Venetianischen Grenze gemeldet, daß von morgen ab täglich 8 Transportszüge mit Truppen im Venetianischen anlangen sollen. Wie verlautet, soll das ganze Armeekorps um Vicenza concentrirt werden. — Die „Opinione“ meldet, daß das Ministerium beschloffen habe, dem Parlamente einen Gesetzentwurf in Betreff derjenigen finanziellen Maßregeln zu machen, welche durch die gegenwärtige Situation geboten seien. — Der Gesetzentwurf soll die Annahme des der Deputirtenkammer schon vorgelegten Finanzplanes in sich schließen. — Die „Italie“ sagt: Die von einigen Journalen gebrachte Nachricht, daß das Kabinete zurückzutreten beabsichtige, ist, wie wir glauben, unbegründet. — Nach einer Depesche der „Berl. Börsen-Ztg.“ waren in Paris am 30. April folgende Gerüchte aus Italien verbreitet: Lamarmora, Cialdini und Garibaldi stehen im Begriff, nach der Grenze abzureisen, der Eintritt Cialdini's und Mordini's in das Ministerium, so wie die Einführung des Zwangscourses wird als wahrscheinlich bezeichnet. Die Mailänder Börse tritt in ausgedehntestem Maße als Verkäufer auf.

Aus Petersburg kommt der Wiener „Presse“ die Nachricht zu, daß daselbst die Königin von Württemberg und der Herzog Georg von Mecklenburg eine ganz besondere Thätigkeit in der gegenwärtigen politischen Situation entwickeln sollen.

In England ist im Parlament am verfloffenen Sonnabend die zweite Lesung der Reformbill erledigt worden, indem die Lesung mit 318 gegen 313 Stimmen, also mit einer Majorität von nur fünf Stimmen, angenommen wurde. Ein solcher Sieg der Regierung hat mehr das Gepräge einer Niederlage. Jedenfalls ist das in Rede stehende Botum nicht geeignet, die Stellung des Kabinetts zu befestigen, und es muß abgewartet werden, ob das Ministerium nicht Veranlassung nehmen wird, zurückzutreten, wie es von vielen Seiten vorausgesetzt wird.

In Amerika ist ein weiterer Schub von Oberoffizieren der Freiwilligen, darunter General Sherman, aus dem Dienste der Union ausgemustert worden. — In der Liste von 127 reconsoedirten Generalen, die beim Präsidenten Johnson um Begnadigung eingekommen sind, vermißt man den Namen von General Robert E. Lee. — Durch